



Erziehungs-, Kultur- und
Umweltschutzdepartement
Herrn Regierungsrat
Martin Jäger
Quaderstrasse 17
7000 Chur

Davos, 04.09.2013/VFA

Stellungnahme zur Vernehmlassung Lehrplan 21

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne bezieht die SVP Graubünden mit folgendem Schreiben Stellung zum nun vorliegenden Entwurf des Lehrplans 21. Die SVP Graubünden lehnt den vorliegenden Entwurf ab und verlangt eine Vereinfachung und Straffung des Lehrplans 21. Die SVP unterstützt eine dahingehende - auch in der Verfassung geforderte - Harmonisierung, welche das Ziel hat, den Leistungsvergleich zwischen den Kantonen zu optimieren und den Umzug von einem Kanton in den anderen zu vereinfachen. Der nun vorliegende Entwurf schießt aber deutlich über den Verfassungsauftrag der Harmonisierung der Ziele pro Bildungsstufe hinaus und will die Lehrerbildung reglementieren und Lehrmittel vereinheitlichen¹, womit ein von Oben durchgesetztes Bildungs-, Unterrichts- und Lehrerverständnis vorgegeben werden soll.²

Der viel zu umfangreiche und zu philosophisch-akademische 557-seitige Lehrplan 21 sollte auf Einfachheit, Verständlichkeit und den pädagogischen Praxisbezug ausgerichtet redimensioniert und entschlackt werden³. Die Lehrer, die Eltern und die Wirtschaft müssen ein praxistaugliches Instrument zur Vergleichbarkeit und Messbarkeit von Leistungen bekommen, keine philosophisch ausgeklügelte und aufgeblähte Funktionärsarbeit, die auf internationalen und europäischen Standards basiert, welche in Bezug auf Berufstauglichkeit keine qualitativeren Bildungssysteme vorzuweisen haben⁴. Aus Sicht der SVP muss der neue Lehrplan dringend die föderalistische Tradition der Schweiz respektieren und darf sich nur durch eine schlanke und klare Zielsetzung auszeichnen, welche der kantonalen Schulhoheit möglichst grosse Autonomie in der konkreten Ausgestaltung und Zielerreichung gewährt. Es ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die kantonale Hoheit, Lehrpläne einzusetzen nicht umgangen wird. Im Rahmen der Entschlackung sollte sich der Lehrplan auf Kernfächer und nicht auf die ausufernde und unübersichtliche Kompetenzsystematik stützen, welche nicht einmal unter Fachkreisen eine einheitliche Interpretation vorweisen kann. Nach dem Motto „weniger ist mehr“ gilt es viel mehr Zeit zum Üben und Verinnerlichen des behandelten Stoffes einzuberechnen. Dies alleine garantiert, dass die Schulabgänger die lebens- und berufstauglichen Grundlagen, wie beispielsweise Lesen, Schreiben und Rechnen (einfache Dreisätze, Berechnung von Volumen etc.) beherrschen.

¹ Aus dem Dokument „Rahmeninformationen zur Konsultation Lehrplan 21“. E-EDK. 25.06.2013. Seite 4.

² Aus dem Dokument „Einleitung Lehrplan 21“. D-EDK. Seite 1-2 und 4-9.

³ Davon umfasst beispielsweise alleine der Bereich „Sprachen“ 171 Seiten.

⁴ Vergleiche der Jugendarbeitslosigkeit zeigen, dass die Schweiz mit ihrem dualen Bildungssystem und der bewährten Volksschule über ein qualitativ sehr gutes System verfügt.



Unter dem Stichwort Heterogenität⁵ wird im Lehrplan 21 das integrative Schulmodell, welches inzwischen unter grosser, auch wissenschaftlicher Kritik steht, weiter gefördert. Ausserdem wird in der konzeptionellen Ausgestaltung des Lehrplanes die Verschulung des Kindergartens als Teil der Volksschule vorangetrieben⁶. Diese Punkte sind unter pädagogischem und föderalistischem Gesichtspunkt aus dem Lehrplan 21 zu streichen.

Des Weiteren propagiert der Lehrplan 21 ein pädagogisches Modell, in welchem die Schüler zu Bereitschaften, Haltungen und Einstellungen angeleitet werden sollen⁷. Die erzieherische Hauptverantwortung der Eltern und die Privatsphäre sind aber zu achten. Die Schule darf nicht für jegliches gesellschaftliche Versagen als einziges Lösungsmodell herangezogen werden. Der Staat und damit die Schule sollen und dürfen nicht vereinheitlichend auf die soziale und individuelle Werthaltung einwirken. Für die SVP sollte sich die Volksschule und somit der Lehrplan 21 aber auf die Vermittlung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten konzentrieren. Vor allem moralisierende und kulturell identitätsbezogene Beeinflussung soll unterlassen werden⁸. Die freiheitlich-demokratische Gesellschaft und deren christlich-abendländische Grundlagen dürfen dagegen nicht vernachlässigt werden. Der kulturelle und historische Kontext der Schweiz, muss in den Fächern Geschichte, Geographie und Religion, wie auch in der Musik und im Sport deutlich mehr Raum einnehmen.

Anhand von 6 Themenfeldern verdeutlichen wir im Folgenden unsere Kritik am Lehrplan 21:

1. Berufsorientierung

Für die SVP hat die Volksschule klar die basisorientierte Berufs- und Lebenstauglichkeit der Schüler zum Ziel.⁹ Gerade deshalb muss die vermittelte Schulbildung auf die Bedürfnisse der Berufswelt ausgerichtet werden. Die im Lehrplan 21 präsentierten Kompetenzerwartungen sind dagegen zu akademisch ausgestaltet und vielfach zu abgehoben¹⁰. Die SVP fordert daher folgendes:

- Die Gleichwertigkeit der Berufsbildung, im Gegensatz zur akademischen und auf europäische Normen basierte Ausrichtung, soll angestrebt werden, weshalb eine Konzentrierung auf die Fächer Muttersprache, Mathematik und Naturwissenschaften erfolgen muss.
- Der Werkunterricht darf nicht unter dem Stichwort Gestalten einseitig abgehandelt werden. Die handwerkliche Berufsvorbereitung darf nicht vernachlässigt werden. Geometrisches Verständnis und technisches Zeichnen müssen mehr Gewicht haben.
- Es sind genügend Lektionen vorzusehen, damit das Grundwissen auch solide eingeübt werden kann. Ziel muss sein, das Beherrschen des vermittelten Stoffes zu sichern. Weniger ist mehr!

⁵ Aus dem Dokument „Einleitung Lehrplan 21“. D-EDK. Seite 8.

⁶ Aus dem Dokument „Einleitung Lehrplan 21“. D-EDK. Seite 10.

⁷ Aus dem Dokument „Einleitung Lehrplan 21“. D-EDK. Seite 4.

⁸ Beispielhaft aus dem Dokument „Fächerübergreifende Themen unter der Leitidee Nachhaltiger Entwicklung“. D-EDK. Seite 1: „Nachhaltige Entwicklung stellt eine Leitidee für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft dar.“

⁹ Die Schulabgänger müssen beispielsweise die Muttersprache korrekt lesen, schreiben, reden und verstehen können. Im Bereich Mathematik sollte ein Schulabgänger Kopfrechnen, ein Dreisatz berechnen oder beispielsweise Flächen- und Volumenberechnungen anstellen können. Dies ist für die Wirtschaft von Interesse.

¹⁰ Ein Beispiel aus dem Lehrplan 21 „Natur, Mensch, Gesellschaft“ Seite 19 für akademisch überhöhte Formulierungen: „Schülerinnen und Schüler können zu Wechselwirkungen in ausgewählten Ökosystemen Informationen sammeln und Prognosen stellen (z.B. Einfluss von Licht, Temperatur, Feuchtigkeit, Höhenlage auf Tiere und Pflanzen; Räuber-Beute-Beziehung, Nahrungsnetze).“

- Das Beherrschen des Schulstoffes muss durch Zwischenprüfungen überprüft werden.
- Erbrachte Leistung ist zu benoten. Die Benotung hat auf der Grundlage eines für alle Schüler einheitlichen Massstabes zu erfolgen, damit sie für Lehrmeister und Lehrlingsbetreuer zuverlässige Entscheidungsgrundlagen bieten. Zeugnisse müssen für Eltern und Lehrmeister les- und vergleichbar bleiben.
- Der Lehrplan 21 muss nur die einfachen, übersichtlichen und praxisorientierten Grundlagen für die Messbarkeit und Vergleichbarkeit der Schulleistungen liefern.
- Lokal sollte die Wirtschaft mit ihren Bedürfnissen und Anliegen in Bezug auf die erwarteten Fähigkeiten der Schulabgänger konsultiert werden.

2. Sprachen

Der gesamte Lehrplan ist zu sprachenlastig. Der vom Lehrplan 21 vorgeschlagene Frühfremdsprachenunterricht bindet Ressourcen, vor allem zeitliche Ressourcen, welche beispielsweise für solide Muttersprachenkenntnisse und Realienunterricht nötig wären. Verbreitete Defizite bei der Anwendung der Muttersprache sind aber endlich ernst zu nehmen. Der frühe Fremdsprachen-Unterricht hat keine sicht- oder messbaren Resultate gebracht. Eine sorgfältige Auswertung seines Nutzens und auch der Kosten fand nie statt. Ausserdem leiden unter dieser Sprachlastigkeit vor allem schulisch leistungsschwache, handwerklich begabte und auch fremdsprachige Kinder. Aus deutschen Studien sowie Lehrer-Erfahrungen wird klar: Frühsprach-Schüler verlieren in der Oberstufe den Vorsprung auf Spät-Anfänger bereits nach wenigen Monaten. Deshalb fordert die SVP folgendes:

- Der Fremdsprachenunterricht ist tendenziell, unter Wahrung der kantonalen Autonomie, auf die Oberstufe zu verlegen.
- In allen Sprachen dürfen Wortschatz und Grammatik nicht vernachlässigt, das schriftliche und systematische Sprachverständnis darf nicht zurückgestuft werden.
- Tests ergeben: Gut Mundart sprechende Kinder lernen leichter eine Fremdsprache. Umso höhere Bedeutung ist der Mundart beizumessen. Mundart im Kindergarten ist flächendeckend durchzusetzen.
- Verhängnisvoll ist es, Fehler ohne Korrektur und ohne korrekte Wiederholungen stehen zu lassen. Damit bleiben Fehler im Gedächtnis der Schüler haften. Einüben und Korrekturen müssen zum Schulalltag gehören.

3. Mathematik, Natur Mensch Gesellschaft

Der Lehrplan 21 ist in diesen Bereichen unübersichtlich, weltfremd und abgehoben. Daher verlangen wir folgendes:

- Es sind solide und überprüfbare Grundlagen, aufgeteilt nach Fächern, zu vermitteln, welche übersichtlich und praxistauglich dargestellt sind. Die Aufteilung in klassische Fächer wie Biologie, Chemie, Physik, Geographie oder Geschichte hat sich als übersichtlich, einfach verständlich und praxistauglich erwiesen.
- Es ist klar und übersichtlich festzuhalten, welcher Stoff, welches Grundwissen in welchem Schuljahr verbindlich zu vermitteln ist.
- Im Bereich Mathematik ist der Vermittlung von elementarem Stoff (Grundoperationen) Vorrang einzuräumen.
- Diese Fächer sind von akademisch-ambitiösem, oft auch moralisierend formulierten Zielen zu entlasten. Den Anschein zu erwecken, man könne auf

Volksschulstufe Diskussionen auf höchstem Forschungsniveau führen¹¹, ist hochstaplerisch und weltfremd.

- Auf lebenskundlichen Unterricht ist zu verzichten.

4. Klassenlehrer und Unterrichtsvermittlung

Der Lehrplan 21 ist aus Sicht der SVP auf die Vertherapeutisierung¹² der Schule ausgerichtet, in welchem viele Spezialisten zusammen im Team-Teaching unterrichten sollen. Der Lehrer wird zum reinen Stoffvermittler und Coach degradiert. Der Lehrplan 21 schafft somit auch weitere Grundlagen zur Verkomplizierung und Bürokratisierung des Lehrerberufes und des Schulbetriebes. Die Schule wird damit zu einer hoch organisierten Organisationseinheit umfunktioniert, welche korrekte und moralische Menschen hervorbringen sollte. Die SVP fordert daher folgende Massnahmen:

- Die Unterrichtserteilung erfolgt durch Klassenlehrer, denen Methoden- und Lehrmittelfreiheit einzuräumen ist. Auf Team-Teaching und von Schulleitungen eingesetzte Heilpädagogen ist zu verzichten. Ob und welche Heilpädagogen bzw. Therapeuten eingesetzt werden, entscheidet der verantwortliche Klassenlehrer zusammen mit den Eltern.
- Der Wettbewerb der Lehrmittel muss unbedingt gewahrt werden.
- Der Lehrplan hat nur die verbindlich zu erreichenden Richtziele pro Schuljahr präzise zu nennen. Für den Weg zum Ziel sind die Klassenlehrer verantwortlich. Wissen und Können, nicht Haltungen, Bereitschaften und Einstellungen sollen vermittelt werden.
- Sonder- und Kleinklassen sind beizubehalten.
- Der Oberstufen-Einheitslehrer muss zwecks Qualitätssteigerung abgeschafft werden. Es sollen wieder Oberstufenlehrer für das höchste Niveau mit akademischer Teilausbildung sowie für das mittlere und elementare Niveau mit handwerklicher und auch musischer Ausbildung eingesetzt werden.
- Der Lehrplan soll von unrealistischen und weltfremden Kompetenzen entlastet werden und sich auf den elementaren Stoff konzentrieren.
- Auf Lehrmittel, welche den Unterricht stofflich und methodisch so einengen, dass der Lehrer zum reinen Stoffvermittler degradiert wird, ist zu verzichten.
- Die individuelle Kompetenzschulung erweist sich im Lehrplan 21 als Versuch, Menschen zu modellieren für Zielsetzungen, die nicht unwesentlich ideologisch bestimmt sind. Davon ist abzusehen.

5. ICT¹³ und Medien

ICT als fächerübergreifendes Thema wird im Lehrplan 21 stark gewichtet¹⁴. Der Staat respektive die Schule bekommen den Auftrag die Schüler zu moralischen Internet- und Mediennutzern zu erziehen.

¹¹ Ein Beispiel aus dem Lehrplan 21 „Natur, Mensch, Gesellschaft“ Seite 71 für weltfremd überhöhte Ansprüche: „Die Schülerinnen und Schüler können die grundlegende Funktionsweise aktueller technischer Geräte erfassen (z.B. Solarzellen, Endoskop, Induktionsherd). Sie können Anwendungsmöglichkeiten technischer Geräte unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen (z.B. Schattenwurf und Neigungswinkel bei Solarzellen) austesten, hinterfragen und dazu Verbesserungen vorschlagen.“ Ganz so, als wäre das Land, wenn solche Oberstufenschüler die Schule verlassen, nicht mehr auf Ingenieure angewiesen.

¹² Das fächerübergreifende Thema berufliche Orientierung macht den Anschein, dass die Schule zu einem Berufs- und Persönlichkeitsberatungsunternehmen umfunktioniert werden soll.

¹³ ICT bedeutet Informations- und Kommunikationstechnologie.

¹⁴ In einem eigenständigen Bereich „ICT und Medien“ wird im Lehrplan 21 auf 21 Seiten ein minutiöser ICT und Medienunterricht gefordert.

Moderne elektronische Kommunikationsmittel sind heute Realität. Die Schule kann sich ihnen nicht verschliessen. Gerade deshalb ist im IT-Bereich Führung durch den Klassenlehrer wichtig. Schülern an ausgewähltem Thema Möglichkeiten der Nutzung moderner Medien zu zeigen, kann situationsgerecht wertvoll sein. Moderne Medien- und Kommunikationsmittel sollen aber als Werkzeug verstanden werden, wie die Wandtafel, der Hellraumprojektor oder ein Hammer.

Die ICT-Thematik zum Kernstück des Lehrplans 21 zu erklären, ist deshalb falsch. Solches weckt den Eindruck, man möchte von den Problemen, welche die Volksschule heute belasten, ablenken. Selbst Lehrer warnen eingehend davor, der Schule und damit dem Staat immer mehr gesellschaftliche und soziokulturelle Verantwortung, wie beispielsweise die sehr umfassende und tiefgreifende Verantwortung im Umgang mit ICT und Medien, abzudelegieren. Die Erziehungsverantwortung tragen die Eltern. Die SVP stellt sich daher zu folgenden Standpunkten:

- Die Gemeinden und Kantone haben frei zu sein im Einsatz von modernen Kommunikationsmitteln. Die Kostenfolgen sind in die Entscheide auf Eben der Gemeinden bzw. Kantone zu berücksichtigen.
- Auf obligatorischen von oben diktieren spezifischen ICT und Medien-Unterricht ist zu verzichten.

6. Überfachliche Themen und Kompetenzen

Der Lehrplan 21 enthält an internationalen Standards der nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet zahllose überfachliche Kompetenzen und Themen, welche ideologisch darauf ausgerichtet sind, die Schüler zu moralischen und konformen Mitgliedern einer globalisierten Gesellschaft zu erziehen¹⁵. Dem Thema nachhaltige Entwicklung ein eigener Bereich mit zu erreichenden Zielen zu widmen, lehnt die SVP ab. Die fächerübergreifenden Themen, zumeist mit ideologischen, nicht mit fachlichen Motiven in den Vordergrund gestellt, betreffen insbesondere gender-politische, menschenrechtliche, rechtsstaatliche und ökologische Themen und versuchen auf die kulturell identitätsbezogene Sphäre der Gesellschaft einzuwirken, wie etwa auf die allgemeine Lebensführung oder das Sexualverhalten. Gewisse dieser Themen können zwar situationsbedingt, unter der Verantwortung des Lehrers in gewissen Fächern oder auch in einer sog. Klassenlehrerstunde thematisiert werden, sollen aber weder bewertet noch einheitlich festgelegt werden.

Aus dem Lehrplan:

„Im Lehrplan 21 wurden die folgenden sieben fächerübergreifenden Themen unter der Leitidee Nachhaltiger Entwicklung aufgenommen:

- Politik, Demokratie und Menschenrechte,
- Natürliche Umwelt und Ressourcen,
- Gender und Gleichstellung,
- Gesundheit,
- Globale Entwicklung und Frieden,
- Kulturelle Identitäten und interkulturelle Verständigung,
- Wirtschaft und Konsum.

Die Auswahl basiert einerseits auf bestehenden Konzepten wie der Gesundheitsbildung, dem globalen Lernen, der interkulturellen Pädagogik, der politischen Bildung und der Umweltbildung. Andererseits folgt sie den Schlüsselthemen der UNO-Dekade Bildung für Nachhaltige Entwicklung 2005 – 2014, den Herausforderungen und Massnahmen der Strategie Nachhaltige Entwicklung des schweizerischen Bundesrates (2002, erneuert

¹⁵ Dokument „Fächerübergreifende Themen unter der Leitidee Nachhaltiger Entwicklung“. D-EDK.

2008) sowie der bisherigen Einbindung einiger dieser fächerübergreifenden Themen in die kantonalen Lehrpläne. „

Q u e l l e : <http://konsultation.lehrplan.ch/index.php?nav=30|30&code=t|303&PHPSESSID=fc6aa6b242e12430934d4d58f7f1a838>

Die SVP fordert folgendes:

- Die Verdrängung von Wissen, Können und Leisten, durch moralisierende staatliche Umerziehungsmassnahmen, welche zumeist von internationalen Organisationen bestimmten Verhaltensweisen „politischer Korrektheit“ geprägt sind, darf in der Schweizer Volksschule nicht stattfinden.
- Die Schule hat zur Lebenstauglichkeit vermittelnden Schulstoff zu behandeln. Sie darf Schüler nicht ideologisch zu formen bzw. zu indoktrinieren oder umzuerziehen versuchen.
- Das Thema Gender und Gleichstellung, sowie lebens- und sexualkundliche Themen sind komplett zu streichen, auch verwoben in den Bereichen Gesundheit, NMG¹⁶, WAH¹⁷ und ERG¹⁸.
- Generell ist in anderen Fächern auf BNE¹⁹ Verweise zu verzichten.
- Sexuaufklärung ist reduziert auf die Vermittlung biologischer Fakten zu Beschränken.
- Einseitig auf die internationale Gemeinschaft ausgerichtete Themen, ökologisches Verhalten, Konsumverhalten, Lebensstilfragen und das Freundschaftsverhalten der Schüler dürfen nicht Thema eines solchen Lehrplanes sein.
- Die weiteren fächerübergreifenden Themen sind in den Fächern Biologie, Geographie, Geschichte oder Staatskunde unterzubringen.
- Die Volksschule soll die Privatsphäre und Eigenverantwortung achten und sich dafür auf solide Grundlagen wie Muttersprachenkenntnisse, Mathematik, Naturwissenschaften und beispielsweise Geschichte konzentrieren.

Konsultationsantwort – Teilbereich „Romanisch“

1. Eingriff in die Gemeindeautonomie

- **Nicht gesetzeskonforme Forderungen:** Gemäss Art. 3 der Kantonsverfassung und Art. 18 des kantonalen Sprachengesetzes entscheiden die Gemeinden über ihre Schulsprache. Der Lehrplan 21 (LP21) widerspricht diesem Grundsatz, wenn er von den Schülerinnen und Schülern (Sch.), die im Idiom alphabetisiert werden, verbindliche "Kompetenzen" und "Mindestansprüche" in Rumantsch Grischun (RG) fordert.
- **Nichtbeachtung der politischen Entwicklung der letzten drei Jahre:** Das Erziehungsdepartement ignoriert zudem die politische Entwicklung der letzten zwei Jahre komplett. Nicht weniger als 17 Pioniergemeinden haben aufgrund von Volksinitiativen wieder zum Idiom gewechselt. Die meisten romanischen Gemeinden sind schon immer beim Idiom als Schulsprache geblieben. 90 % der Schüler werden in idiomatischen Schulen unterrichtet.

¹⁶ Bereich Natur, Mensch, Gesellschaft.

¹⁷ Bereich Wirtschaft, Arbeit, Haushalt.

¹⁸ Bereich Ethik, Religion, Gemeinschaft.

¹⁹ Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) ist eine Bildungsoffensive der UNO.

2. Unklare bzw. nicht gesetzeskonforme Definitionen hinsichtlich des RG in "Einleitende Kapitel" des LP21

In "Einleitende Kapitel" legitimieren geschickt eingebettete Definitionen die im "Kompetenzaufbau" festgelegten, nicht gesetzeskonformen Forderungen und Kompetenzansprüche hinsichtlich des RG, z.B.:

- **"Standardsprache"**, Zitat: *"Die Sch. lernen die Standardsprache sicher zu beherrschen (...)." Mit Standardsprache wird fälschlicherweise das künstlich erschaffene RG verstanden. Mit dieser Formulierung wird der Weg für die Einführung des RG in den Schulen geebnet.*
Es muss heissen: *"Die Sch. lernen ihre Schulsprache sicher zu beherrschen (...)."*
- **"RG für den schriftlichen Gebrauch"**, Zitat: *"Da RG hauptsächlich für den schriftlichen Gebrauch vorgesehen wird, findet mündlicher Unterricht in den Idiomen statt."*
Diese Definition gilt einzig für die in RG alphabetisierenden Schulen. In den idiomatisch geführten Schulen ist das Idiom die alleinige Schriftsprache.
- **"Funktion der beiden Sprachen"**, Zitat: *"In der Schulsprache Romanisch werden zudem im Hören und Lesen für alle Schülerinnen und Schüler Mindestansprüche sowohl für ihr Idiom als auch für Rumantsch Grischun vor allem entsprechend der Funktion der beiden Sprachen gefordert. Die unterschiedliche Funktion zeigt sich in den Beispielen (z.B. Sachtexte eher für RG, literarische Texte eher für Idiom)."*
Es ist absurd, für verschiedene Textgattungen zwei unterschiedliche Schriftsprachen zu postulieren resp. dem Idiom die Funktion für Sachtexte abzusprechen.

3. Missachtung des Koexistenzmodells

Im "Konzept Haltiner", welches Teil des Koexistenzmodells ist, ist sowohl für die Primar- wie auch für die Oberstufe von einer vorsichtigen Konfrontation mit dem RG die Rede. Im LP21 werden aber "Kompetenzen" und "Mindestansprüche" verlangt, die eine tägliche Präsenz des RG in den Bereichen: „Hören“, „Lesen“, „Sprache im Fokus“, „Literatur und Kultur im Fokus“, **"ICT"**, durch permanente Anwendung von Hilfsprogrammen am Computer und Medien, „Natur, Mensch und Gesellschaft“, durch Konfrontation mit Texten in RG in diesen Fächern.

4. Vernachlässigung des Idioms

Während der LP21 grosses Gewicht auf das RG legt, werden die Kenntnisse in der Grammatik des eigenen Idioms beschränkt auf vage Formulierungen.

4. Überforderung der in Romanisch eingeschulten Kinder

Die in Romanisch eingeschulten Kinder müssen am Ende ihrer Schulzeit sowohl in Romanisch wie in Deutsch (mit halb so vielen Deutschlektionen) die Mindestansprüche von Erstsprachen (L1) erfüllen. Das sind sehr hohe Anforderungen. Zusätzlich werden von unseren Sch. Kompetenzen und Mindestansprüche in Englisch verlangt und sie sollten nun auch noch RG so gut verstehen müssen wie ihr eigenes Idiom! Das ist eine sinnlose Überforderung.

Eine tägliche parallele Konfrontation über mehrere Jahre mit Idiom und RG, welche zum Teil grosse Divergenzen in Vokabular, Grammatik und Orthographie aufweisen, bringt sprachliches Halbwissen in beiden Sprachformen, die als Folge beide ungenutzt bleiben.

5. Kinder als Mittel zum Zweck

Die Regierung ignoriert die weitverbreitete Inakzeptanz des RG in der romanischen Bevölkerung und missbraucht via Lehrplan die sonst schon stark belasteten Schüler zum Zweck der Verbreitung von RG.

Eine der Amtssprachen des Kantons ist gemäss Verfassung Art. 3 Rätoromanisch, nicht RG. Dass der Kanton bei der Beantwortung von Bürgeranfragen das RG verwendet und Abstimmungsinformationen in RG bereitstellt, bildet keine ausreichende gesetzliche Grundlage für die Einführung von RG in der Schule durch den Kanton.

Durch den neuen LP21 würde das RG auch in den idiomatisch geführten Schulen allgegenwärtig und durch die Hintertür in den idiomatischen Schulen eingeführt. Deshalb weist die SVP den Teil für das Fach Romanisch mit aller Entschiedenheit zurück. Der LP21 darf nicht als Plattform für eine definitive Zementierung des RG mit Verbindlichkeitsanspruch zu Lasten der Kinder missbraucht werden.

SVP Graubünden

Nationalrat Heinz Brand
Präsident

Valérie Favre Accola
Parteisekretärin